



**„Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort,
unverzüglich“**

**Wie missverständliche Formulierungen die Berliner Mauer
zum Einsturz brachten**

von Armin Burkhardt (Magdeburg)

1. Vorbemerkung

Der 9. November war und ist der „Schicksalstag der Deutschen“: Am 9. November 1848 wurde in Wien der Führer der Linken, Robert Blum, hingerichtet, am 9. November 1918 in Berlin die deutsche Republik ausgerufen, am 9. November 1923 in München Hitlers Putschversuch vereitelt, die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erlangte als Reichspogromnacht traurige Berühmtheit, am 9. November 1967 wurde in der Hamburger Universität bei der Rektoratsübergabe von den damaligen Studenten das auf die Nazi-Zeit anspielende Transparent „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ enthüllt, und am 9. November 1989 leitete der Fall der Berliner Mauer die Demokratisierung der DDR und in der Folge die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein. Eines der zentralen Ereignisse der friedlichen Revolution in der DDR, das letztlich zur Maueröffnung führte, war die – aus der Sicht des SED-Regimes missratene – Pressekonferenz von Günter Schabowski.

Die Ereignisse vor und nach der Pressekonferenz im Einzelnen zu rekonstruieren ist Sache der Historiker bzw. Politologen, und sie sind inzwischen auch recht gut aufgearbeitet und dokumentiert (vgl. v.a. Hertle 1996, Schnibben 2009). Es handelt sich um eine wohl historisch einmalige Verkettung von ungenauen Formulierungen, Fehlinterpretationen bzw. -einschätzungen, Entscheidungsschwächen und Kommunikationspannen. Die folgenden Analysen sind der Versuch, mit linguistischen Mitteln zu zeigen, wie es zu den wohl wichtigsten dieser Missverständnisse kommen konnte. Auch die Vor- und Nachgeschichte der Pressekonferenz muss dabei Berücksichtigung finden.

2. Die allgemeinpolitische Ausgangslage

Die DDR im Herbst des Jahres 1989 war ein politisches System, dessen Machtelite überschwänglich den 40. Jahrestag seines Bestehens feierte, während es gleichzeitig – auch wenn das zunächst nach außen hin weitgehend unbemerkt blieb – mit exponentieller Beschleunigung erodierte und seinem Untergang entgegentrieb.¹

Bei gleichzeitigem Nachlassen der Gängelung durch die Hegemonialmacht Sowjetunion führte allgemeine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen, ökologischen und innenpolitischen Lage in der DDR zur Ausbildung eines immer subversiver werdenden, aber gewaltfreien Gegendiskurses. Dieser fand zunächst v.a. in den Kirchen statt und erreichte schon im Spätsommer 1989 in der massenhaften Ausreise von DDR-Bürgern über Ungarn und die ČSSR sowie schließlich in den Montagsdemonstrationen, die sich ab dem 4. September 1989 – von Leipzig ausgehend – über das ganze Land verbreiteten, einen ersten Höhepunkt. Als erste oppositionelle Gruppierung gründet sich wenige Tage später das Neue Forum und veröffentlicht seinen Aufruf „Die Zeit ist reif – Aufbruch 89“, der bis zum Jahresende 200.000 Unterzeichner findet. Auf Transparenten und in Sprechchören, die in dem vielstimmigen Ruf „Wir sind das Volk!“ kulminieren, finden die jahrzehntelang politisch entmündigten Bürger der DDR ihre Sprache zurück. Unter dem Druck der Ereignisse formiert sich auch innerhalb der SED Widerstand gegen die alte Partei- und Staatsführung, der am 18. Oktober, also nur 11 Tage nach dem

¹ Für eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte des Untergangs vgl. u.a. Bahrmann/Links (1994) sowie Neubert (2008).

feierlich begangenen 40. Jahrestag der DDR, zur Absetzung Erich Honeckers als Generalsekretär der SED führt. Sein Nachfolger, Egon Krenz, der wenige Tage später auch zum Staatsratsvorsitzenden gewählt wird, verspricht Reformen, propagiert die „Wende“, fordert den gesellschaftlichen „Dialog“ und liefert so die politisch umkämpften Schlagwörter einer Übergangszeit. Am 4. November findet in Berlin die größte nicht staatlich gelenkte Demonstration in der Geschichte der DDR statt, die mit einer Großkundgebung auf dem Alexanderplatz endet; zu den Rednern, die dort vor etwa 500.000 Teilnehmern sprechen, gehört neben Christa Wolf, Stefan Heym, Christoph Hein und anderen Vertretern der DDR-Prominenz auch Günter Schabowski. Zwei Tage später verkündet die Regierung Krenz den Entwurf eines neuen Reisegesetzes, das jedoch eine Beschränkung privater Auslandsaufenthalte auf 30 Tage und eine vierwöchige Bearbeitungszeit vorsieht, an deren Ende entsprechende Anträge ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden können. Zudem bleibt die Frage des Anspruchs auf den Tausch ausreichender Devisenbeträge ungeklärt. Die neuen Bestimmungen werden daher von der Bevölkerung eher als „Reiseverhinderungsgesetz“ (Schnibben 2009, 57) verstanden. Auch aus diesem Grund gehen die Demonstrationen weiter.

3. Vom Reisegesetz zur Pressekonferenz

Die allgemeine Unzufriedenheit mit den neuen Regelungen, die hinter den Erwartungen der Bürger deutlich zurückbleiben, und Spannungen mit den sozialistischen Bruderländern, über deren Territorien sich die massenhafte Auswanderung bisher vollzog, führen schließlich zur Überarbeitung des Reisegesetzes. Mit dieser Aufgabe werden Oberst Gerhard Lauter und Generalmajor Gotthard Hubrich, die beiden Leiter der Hauptabteilungen Paß- und Meldewesen bzw. Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern sowie zwei ebenfalls ranghohe Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit betraut; alle vier hatten auch an der Ausarbeitung des kritisch aufgenommenen Entwurfs mitgewirkt (vgl. Hertle 1996, 119f.). Ziel ihrer Zusammenkunft am 9. November 1989 ist es, das bereits vorliegende Gesetz für den Ministerrat so umzuformulieren, dass es ab dem Folgetag das Stellen von Anträgen auf Ausreise über die Grenzübergänge zur BRD und nach West-Berlin erlaubt. Mit der Neufassung des Gesetzes sollten die durch die Massenfluchten ausgelösten Streitigkeiten mit den Nachbarländern, insbesondere der ČSSR, die sogar mit der

Schließung ihrer Grenzen droht, schnellstmöglich behoben werden. Diskutiert wird aber auch die an sich naheliegende Frage, „ob es nicht unpraktikabel wäre und zudem innenpolitisch fatale Konsequenzen haben würde, jeden, der das Land auf Dauer verlassen wollte, sofort fahren zu lassen; diejenigen aber, die nur eine kurze Privatreise zu einer Tante in die Bundesrepublik planen und nach wenigen Tagen Aufenthalt zurückkehren wollten, dies zu verbieten.“ (Ebd., 120 f.) Auch das Thema Privatreisen wird daher in die Überarbeitung des bisherigen Entwurfs einbezogen, obwohl dies eigentlich nicht Gegenstand des der Arbeitsgruppe erteilten Auftrags war. Dennoch wird der mit „Beschlussvorschlag“ überschriebene Text mit dem Satz: „Zur Veränderung der Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD und über die ČSSR wird festgelegt“ eingeleitet. Zwar einigt man sich im Zuge der Diskussionen auf in etwa die Formulierungen, die Schabowski später auf der Pressekonferenz verlesen wird, diese bleiben jedoch uneindeutig. Um die Dienststellen des Mdi und des MfS in die neuen Regelungen einzuweisen und die Mitarbeiter des Paß- und Meldewesens auf den nach der Bekanntgabe zu erwartenden Massenansturm vorbereiten zu können, wird für die Veröffentlichung des Beschlusses durch ADN als Sperrfrist der 10. November, 4.00 Uhr früh, festgelegt, ohne dies jedoch im Text der schriftlichen Presseerklärung selbst ausdrücklich zu fixieren (vgl. ebd., 123). Oberst Lauter diktiert seiner Sekretärin den von den Spitzen von Mdi und MfS abgesegneten Text und leitet ihn gegen 12.00 Uhr an Egon Krenz im bereits tagenden Zentralkomitee sowie an den Ministerrat, dessen Mitglieder sämtlich bis 18.00 Uhr, also bis zum Beginn der Pressekonferenz, zugestimmt haben müß(t)en, weiter. Letzteres soll im Umlaufverfahren geschehen, kommt jedoch faktisch nicht zustande, weil „28 der 44 Minister nicht in ihren Ministerien zu erreichen waren, sondern als Mitglieder bzw. Kandidaten des ZK an dessen Beratung teilnahmen“ (ebd., 126).² In der halbstündigen mittäglichen Raucherpause des ZK-Plenums informiert Krenz das Politbüro, das dem Text, bei kleinen stilistischen Änderungen, zustimmt. Parallel zur Sitzung des ZK geht jedoch in Mfi und MfS die Feinarbeit am neuen Reisegesetz weiter. Die Letztfassung des Entwurfs erhält der neue SED-Generalsekretär kurz vor Wiederaufnahme der Sitzung nach der Mittagspause aus den Händen des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph. Ab 15.30 Uhr wird der vorliegende Text von Krenz unter der Überschrift „Beschluß zur Veränderung der

² Allerdings besteht eine der Besonderheiten der politischen Abläufe in der DDR darin, dass das Ausbleiben einer Reaktion nach Ablauf der Einspruchsfrist ususgemäß als Zustimmung betrachtet wird.

Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die ČSSR“ im Zentralkomitee verlesen und nach kurzer Diskussion (vgl. ebd., 131ff.), aber ohne dass sich Kritik oder Widerspruch erheben, abgenickt. An der bloßen Mündlichkeit der Vorstellung eines bislang unbekanntes Gesetzestextes nimmt offenbar niemand Anstoß. Und obschon im Verordnungstext ausdrücklich von „Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen“ die Rede war, wird sich auch Krenz selbst, der den Text schriftlich vor sich hat, der semantischen Spannung zwischen der in der Überschrift genannten „ständigen Ausreise“ und dem in die Vorlage eingefügten Passus über die „Privatreisen“ offenbar nicht bewusst. Als Punkt 3. enthält der ZK-Beschluss den wichtigen Satz: „Über die zeitweiligen Übergangsregelungen ist die beigefügte Pressemitteilung am 10. November zu veröffentlichen“³. Auf Vorschlag von Krenz wird jedoch im ZK der folgenreiche Beschluss gefasst, dass die neue Regelung vom Regierungssprecher (d.h. dem Leiter des Presseamtes des Ministerrates Wolfgang Meyer) „gleich“ – und nicht, wie vorgesehen, erst am nächsten Tag – bekannt gegeben werden soll, wodurch die gerade beschlossene Sperrfrist ganz beiläufig wieder aufgehoben wird (vgl. ebd., 133). Vom stellvertretenden Leiter des Büros des Politbüros wird der vom ZK verabschiedete Text der Reiseverordnung um 16.55 Uhr per Fernschreiben an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED weiterversandt. Ein für den weiteren Verlauf der Ereignisse sehr wichtiges Faktum ist, dass der neu ins Amt des Sekretärs des ZK der SED für Informationswesen berufene Günter Schabowski zahlreiche Pressetermine wahrzunehmen hatte und deswegen weder bei der Diskussion des Reiseregulungen im Politbüro noch bei deren Behandlung und Verabschiedung im Zentralkomitee zugegen war (vgl. ebd., 124, 134; Schnibben 2009, 62). Kurz bevor er in die Pressekonferenz ging, erhielt er daher von Krenz selbst dessen Exemplar der verabschiedeten Regelung, obwohl dieser deren Bekanntgabe kurz zuvor erst dem Regierungssprecher angetragen hatte. Ob Krenz dies, wie er selbst behauptet, mit dem Hinweis verbunden hat, dass es sich um „die Weltnachricht“ handele (vgl. ebd., 135), muss als ungesichert gelten. Schabowski jedenfalls nimmt das Papier zu seinen Unterlagen, hat sich den Text aber nach eigenen Angaben vor Beginn der Pressekonferenz nicht mehr durchgelesen (vgl. ebd.). Der Sperrvermerk für die öffentliche Bekanntgabe der Übergangsregelung befindet sich auf Blatt 2 und ist

³ Auf Intervention von Kulturminister Hoffmann wird das Adjektiv „zeitweilig“ noch während der Sitzung aufgrund von Redundanz und weil es „andauernd den Druck [erzeugt], als hätten die Leute keine Zeit und müssten sofort und so schnell wie möglich“, gestrichen (vgl. Hertle 1996, 132).

dadurch in einem Konvolut von Papieren besonders leicht zu übersehen. Auf einem kleinen Zettel notiert sich Schabowski seinen Fahrplan für die Pressekonferenz: Nach der Bekanntgabe der wichtigsten Ergebnisse der ZK-Tagung und einer entsprechenden Fragerunde der Journalisten möchte er, wohl um Diskussionen zu vermeiden, erst kurz vor dem Ablauf der vorgesehenen Zeit das neue Reisegesetz verlesen und dabei betonen, dass es sich nicht um ein Politbüro-Papier, sondern um eine echte Ministerratsentscheidung handele (vgl. ebd., 135f.).⁴

4. Die Pressekonferenz im Wortlaut

Schabowskis Pressekonferenz fand am 9. November 1989 von 18.00 bis 19.00 Uhr im Internationalen Pressezentrum in der Mohrenstraße statt und wurde im DDR-Fernsehen live übertragen. „Allein ihr Stattfinden war für sich genommen eine kleine Sensation: Ein Mitglied des Politbüros ließ ungefiltert Fragen an sich herankommen und stand Journalisten aus aller Welt Rede und Antwort. Das hatte es in der DDR noch nicht gegeben.“ (Hertle 1996, 141) Der Regierungssprecher spulte zunächst seinen Fahrplan, ab, indem er „langatmig und inhaltsarm“ (ebd., 141f.) über Diskussionen und Entscheidungen des ZK-Plenums über den Wahlmodus, die Ziele einer für Dezember einzuberufenden Parteikonferenz, das SED-Aktionsprogramm und über den Inhalt eines neuen Wahlgesetzes referierte. Erst um 18:53 Uhr stellt der Journalist Riccardo Ehrman mit seinem unverkennbar italienischen Akzent die Frage, für die er sich schon seit geraumer Zeit gemeldet hatte und deren Beantwortung dann in der Konsequenz den Fall der Mauer auslöst. Wie er später selbst andeutete, war er zuvor per Telefon durch einen entsprechenden Tipp (vermutlich von Günther Pötschke, dem damaligen Generaldirektor der DDR-Nachrichtenagentur ADN) zu einer gezielten Wortmeldung zum Thema Reisegesetz animiert worden⁵:

(Uhrzeit 18:53:00)

Frage: Ich heiße Riccardo Ehrman, ich vertrete die italienische Nachrichtenagentur ANSA. Herr Schabowski, Sie haben von Fehler gesprochen. Glauben Sie nicht, daß es war ein großer Fehler, diesen Reisegesetzentwurf, das Sie haben jetzt vorgestellt vor wenigen Tagen?

Schabowski: Nein, das glaube ich nicht. Wir wissen um diese Tendenz in der Bevölkerung, um dieses Bedürfnis der Bevölkerung, zu reisen oder die DDR zu verlassen. Und (äh) wir haben die

⁴ Vgl. zu alledem auch Huber (2009, 62ff.).

⁵ Vgl. z.B. de.wikipedia.org/wiki/Riccardo_Ehrman.

Überlegung, daß wir alle die Dinge, die ich hier vorhin beantwortet habe oder zu beantworten versucht habe auf die Frage des TASS-Korrespondenten, nämlich eine komplexe Erneuerung der Gesellschaft (äh) zu bewirken und dadurch letztlich durch viele dieser Elemente (äh) zu erreichen, daß Menschen sich nicht genötigt sehen, in dieser Weise ihre persönlichen Probleme zu bewältigen.

Das sind aber, wie gesagt, viele Schritte, und (äh) man kann sie nicht alle zur gleichen Zeit einleiten. Es gibt eine Abfolge von Schritten, und die Chance, also durch Erweiterung von Reisemöglichkeiten, die Chance also, durch die Legalisierung und Vereinfachung der Ausreise, die Menschen aus einer (äh), sagen wir mal psychologischen Drucksituation zu befreien – viele dieser Schritte sind ja im Grunde unüberlegt erfolgt. Das wissen wir, ja, durch Gespräche, durch Bedürfnisse, jetzt wieder zurückzukommen (äh), durch Gespräche mit Menschen, die sich in der BRD jetzt in einer ungemein komplizierten Lage befinden, weil die BRD große Schwierigkeiten hat, diese Flüchtlinge unterzubringen. Also, die Aufnahmekapazität der BRD ist im Grunde erschöpft. Es sind schon mehr als oder weniger als Provisorien (äh), mit denen diese Menschen zu rechnen haben, wenn sie dort untergebracht werden. (Äh) Die Unterbringung ist aber das Geringste für den Aufbau einer Existenz. Entscheidend, wesentlich ist das Finden von Arbeit, ja, und die notwendige Integration in diese Gesellschaft, die weder dann gegeben ist, wenn man in einem Zelt haust oder in einer Notunterkunft oder als Arbeitsloser dort rumhängt.

Also, wir wollen durch eine Reihe von Umständen, dazu gehört auch das Reisegesetz, die Chance also der souveränen Entscheidung des Bürgers zu reisen, wohin er will. (Äh) Wir sind natürlich (äh) besorgt, daß also die Möglichkeit dieses Reisegesetzes, – es ist ja immer noch nicht in Kraft, es ist ja ein Entwurf.

Allerdings ist heute, soviel ich weiß (*blickt bei diesen Worten zustimmungserheischend in Richtung Labs und Banaschak*), eine Entscheidung getroffen worden. Es ist eine Empfehlung des Politbüros aufgegriffen worden, daß man aus dem Entwurf des Reisegesetzes den Passus herausnimmt und in Kraft treten läßt, der stän... – wie man so schön sagt oder so unschön sagt – die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik. Weil wir es (äh) für einen unmöglichen Zustand halten, daß sich diese Bewegung vollzieht (äh) über einen befreundeten Staat (äh), was ja auch für diesen Staat nicht ganz einfach ist. Und deshalb (äh) haben wir uns dazu entschlossen, heute (äh) eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht (äh), über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) auszureisen.

Frage: Ab wann tritt das in Kraft?

Schabowski:

(*Kratzt sich am Kopf*) Also, Genossen, mir ist das hier also mitgeteilt worden (*setzt sich, während er weiterspricht, seine Brille auf, blättert in seinen Unterlagen, zieht ein Papier*), daß eine solche Mitteilung heute schon (äh) verbreitet worden ist. Sie müßte eigentlich in Ihrem Besitz sein. Also (*liest sehr schnell vom Blatt*): „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VPKÄ – der Volkspolizeikreisämter – in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dabei noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. (Äh) Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen. Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.“

(*Blickt auf.*) (Äh) Die Paßfrage kann ich jetzt nicht beantworten (*blickt fragend in Richtung Labs und Banaschak*). Das ist auch eine technische Frage. Ich weiß ja nicht, die Pässe müssen ja, ... also damit jeder im Besitz eines Passes ist, überhaupt erst mal ausgegeben werden. Wir wollten aber ...

Banaschak: (*Fällt Schabowski unverstündlich ins Wort*).

Frage: Wann tritt das in Kraft?

Schabowski:

(*Blättert in seinen Papieren.*) Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich (*blättert weiter in seinen Unterlagen*).

Frage: (*Stimmengewirr*) Sie haben nur BRD gesagt, gilt das auch für West-Berlin?

Schabowski:

(*Liest schnell vor, dabei einige Worte verschluckend:*) ‚Wie die Presseabteilung des Ministeriums ..., hat der Ministerrat beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt wird.‘

- Frage: Gilt das auch für Berlin-West?
- Schabowski: *(Zuckt mit den Schultern, verzieht dazu die Mundwinkel nach unten, schaut in seine Papiere.)* Also *(Pause)*, doch, doch *(liest vor)*: „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“
- Frage: *(Stimmengewirr)* Heißt das, daß ab sofort die DDR-Bürger... *(Journalist stellt sich vor, phonetisch:)* Christoph Janowski. *(Zeitung bzw. Agentur nicht verständlich, d.Vf.)* ... heißt das, daß ab sofort die DDR-Bürger durch die Tschechoslowakei oder Polen nicht ausreisen dürfen?
- Schabowski: Ja, das ist darin überhaupt nicht formuliert. Sondern wir hoffen, daß sich auf diese Weise (äh) diese Bewegung selbst reguliert In dem Sinne, wie wir das erstreben.
- Frage: *(Stimmengewirr, unverständliche Frage).*
- Schabowski: Ich habe nichts Gegenteiliges gehört.
- Frage: *(Stimmengewirr, unverständliche Frage).*
- Schabowski: Ich habe nichts Gegenteiliges gehört.
- Frage: *(Stimmengewirr, unverständliche Frage).*
- Schabowski: Ja, ich habe nichts Gegenteiliges gehört. Ich drücke mich nur so vorsichtig aus, weil ich nun in dieser Frage nicht, also, ständig auf dem laufenden bin, sondern kurz, bevor ich rüber kam, diese Information in die Hand gedrückt bekam. *(Einige Journalisten verlassen eilig den Raum.)*
- Frage: Herr Schabowski, was wird mit dem Berliner Mauer jetzt geschehen?
- Schabowski: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß es 19.00 Uhr ist. Es ist die letzte Frage, ja! Haben Sie Verständnis dafür.
(Äh) Was wird mit der Berliner Mauer? Es sind dazu schon Auskünfte gegeben worden im Zusammenhang mit der Reisetätigkeit. (Äh) Die Frage des Reisens, (äh) die Durchlässigkeit also der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinn, also dieser, ich sags mal so, befestigten Staatsgrenze der DDR. (Äh)
Wir haben immer gesagt, daß dafür noch einige andere Faktoren (äh) mit in Betracht gezogen werden müssen. Und die betreffen den Komplex von Fragen, den Genosse Krenz in seinem Referat in der – in Hinsicht auf die Beziehungen zwischen der DDR und BRD geäußert hat, in Hinsicht auf (äh) die Notwendigkeit, den Friedenssicherungsprozeß mit neuen Initiativen fortzusetzen. Und (äh) sicherlich wird die Debatte über diese Frage (äh) positiv beeinflusst werden können, wenn sich auch die BRD und wenn sich die NATO zu Abrüstungsschritten entschließt und sie durchsetzt, so oder ähnlich wie die DDR das und andere sozialistische Staaten schon mit bestimmten Vorleistungen getan haben.
Herzlichen Dank!⁶

(Ende der Pressekonferenz: 19:00:54 Uhr.) (Zit. nach Hertle 1996, 142ff.)⁷

5. Analyse der Redebeiträge Schabowskis

Was auf Ehrmans Frage folgt, ist

die verwirrendste und folgenreichste Verkündung einer neuen staatlichen Verordnung in der Geschichte internationaler Pressekonferenzen. Sie dauert acht Minuten, ist mit 30 Ähs gespickt, provoziert 14 hörbare Zwischenfragen und Dutzende unhörbare und lässt so viel unklar, dass Journalisten in den folgenden Stunden über diese Verkündung ständig neue Nachrichten absetzen können, die schließlich nur noch wenig damit zu tun haben, was in diesem Beschluss formuliert ist. (Schnibben 2009, 62)

⁶ Hervorhebungen besonders wichtiger Textstellen durch Unterstreichung vom Verf. [A.B.]

⁷ Die zitierte Transkription ist in Bezug auf die Wiedergabe des tatsächlichen Gesprächsverhaltens an manchen Stellen etwas ungenau. Dies gilt auch für die Zuordnung der Fragen. Den Mitschnitten lässt sich jedoch entnehmen, dass die meisten der Fragen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, insbesondere aber die nach seiner Geltung auch für West-Berlin von dem Bild-Reporter Peter Brinkmann stammen.

Mit suggestivem Unterton, der durch das abtönende „nicht“ erzeugt wird, hatte Ehrman gefragt, ob die Vorlage eines neuen Reisegesetzes durch die neue Partei- und Staatsführung nicht ein großer Fehler gewesen sei. Schon bei der Beantwortung dieser vergleichsweise konkreten Frage bezieht Schabowski nicht klar Stellung, sondern:

- weicht auf abstrakte Schlagwörter („komplexe Erneuerung der Gesellschaft“, „Aufnahmekapazität der BRD“) aus und benutzt mehrfach
- allgemeine, tendenziell euphemistische Formulierungen wie: „Es gibt eine Abfolge von Schritten, und die Chance, also durch Erweiterung von Reisemöglichkeiten, die Chance also, durch die Legalisierung und Vereinfachung der Ausreise, die Menschen aus einer (äh), sagen wir mal psychologischen Drucksituation zu befreien“ (statt: „wenn wir den DDR-Bürgern Reisefreiheit gewähren, werden unzufriedene Bürger nicht mehr zu einer überhasteten Entscheidung zur Flucht über Drittstaaten getrieben“) oder „zu erreichen, daß Menschen sich nicht genötigt sehen, in dieser Weise ihre persönlichen Probleme zu bewältigen“ (statt „zu erreichen, daß Menschen sich nicht genötigt sehen, über Ungarn und die ČSSR in den Westen zu fliehen“) sowie
- andere abstrakte Umschreibungen („Dinge, die ich hier vorhin beantwortet habe oder zu beantworten versucht habe“, „durch eine Reihe von Umständen, dazu gehört auch das Reisegesetz“).

Anstelle einer Antwort auf Ehrmans Frage beschreibt Schabowski umständlich die durch die massenhafte Ankunft von Flüchtlingen in der BRD entstehenden bzw. zu erwartenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme und gibt, wenn auch wieder nicht explizit, zu verstehen, dass einem Großteil der aufgrund der bestehenden Gesetzeslage dauerhaft Ausgereisten von Seiten der DDR-Führung prinzipielle Rückkehrwilligkeit unterstellt wird. Schon an solchen Verstößen gegen Grices Maximen der Quantität, Modalität und z.T. auch der Relation, d.h. gegen die Regeln kooperativer Gesprächsführung, zeigt sich, dass Schabowski unsicher und deswegen zunächst bemüht ist, sich offenbar bereits hier so wenig wie möglich konkret festzulegen. Insofern ist es nicht überraschend, dass der erste Teil seiner Ausführungen – unterbrochen durch zweimal *äh* und getragen auch von dreimaligem teils gliedernden, teils heckenausdruckartigen *also* (vgl. dazu Paul 2002, s.v. *also*) – in zwei allenfalls schwer verständlichen Anakoluthen/Satzbrüchen endet: „Also, wir wollen durch eine Reihe von Umständen, dazu gehört auch das

Reisegesetz, die Chance also der souveränen Entscheidung des Bürgers zu reisen, wohin er will. (Äh) Wir sind natürlich (äh) besorgt, daß also die Möglichkeit dieses Reisegesetzes, – es ist ja immer noch nicht in Kraft, es ist ja ein Entwurf.“

Anscheinend erinnert sich Schabowski jetzt an seinen Auftrag, die Verabschiedung neuer Reiseregulungen bekannt zu geben. Gleichwohl ist er sich seiner Sache offenbar nicht ganz sicher, denn er schränkt die Ankündigung des neuen Reisegesetzes schon vorab durch den Vagheitsindikator „soviel ich weiß“ ein und sucht per Blickkontakt die Bestätigung durch die beiden ebenfalls anwesenden ZK-Mitglieder Labs und Banaschak, die jedoch offenbar nicht reagieren (aber auch nicht widersprechen). Obwohl Schabowski im nun Folgenden das neue Reisegesetz vorstellt, das nunmehr auch befristete Ausreisen über Grenzübergänge der DDR selbst ermöglichen soll, benutzt er dabei neben dem DDR-typischen Euphemismus „ständige Ausreise“ für „Flucht“ die selber beschönigenden Ausdrücke „Verlassen der Republik“ und „diese Bewegung“. Auch werden die sozialistischen Nachbarländer als „befreundete Staaten“ positiviert, und die untertreibende Litotes, wonach die Bewältigung der Ausreisen auch für befreundete Nachbarländer „nicht ganz einfach“ sei, trägt ebenfalls zur beschönigenden Gesamttendenz von Schabowskis Äußerungen bei. Interessant ist hier auch die vor dem vollständigen Aussprechen von „ständige Ausreise“ erfolgende Selbstkorrektur durch „wie man so schön sagt oder so unschön sagt“, durch die der Euphemismus markiert und zugleich relativiert wird. Insgesamt wird in Schabowskis Formulierungen das Bestreben deutlich, unangenehme bzw. international kritisierte Sachverhalte durch diplomatischen Verzicht auf Expliztheit und durch den Gebrauch von Euphemismen zu kaschieren.

Eine weitere und wohl sogar die entscheidende Ungenauigkeit – des Gesetzestextes und der Formulierungen Schabowskis gleichermaßen – liegt im Gebrauch des Begriffs *Ausreise*, weil es ja im Zusammenhang mit der Reisegesetzgebung sowohl um die „ständige Ausreise“ i.S.v. ‘Flucht’ bzw. ‘Emigration’ als auch um die „vorübergehende Ausreise“ i.S.v. ‘Privatreise’, ‘Auslandsreise’, ‘Auslandsaufenthalt’ geht. *Reise*, *reisen* und seine Ableitungen und Komposita erscheinen in Schabowskis Redebeiträgen in den folgenden Formen und Kontexten:

dieses Bedürfnis der Bevölkerung, zu *reisen* oder die DDR zu verlassen
 durch Erweiterung von *Reisemöglichkeiten*
 durch die Legalisierung und Vereinfachung der *Ausreise*

dazu gehört auch das *Reisegesetz*, die Chance also der souveränen Entscheidung des Bürgers zu *reisen*, wohin er will
 die Möglichkeit dieses *Reisegesetzes*
 aus dem Entwurf des *Reisegesetzes* den Passus herausnimmt und in Kraft treten lässt [...], der [...] die ständige *Ausreise* regelt
 über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) *auszureisen*.
 „*Privatreisen* nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – *Reiseanlässe* und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden“
 „*Visa* zur ständigen *Ausreise* unverzüglich zu erteilen, ohne daß dabei noch geltende Voraussetzungen für eine ständige *Ausreise* vorliegen müssen“
 „Ständige *Ausreisen* können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen“
 „die ständige *Ausreise* mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten“
 „Die ständige *Ausreise* kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen“
 im Zusammenhang mit der *Reisetätigkeit*
 Die Frage des *Reisens*, (äh) die Durchlässigkeit also der Mauer.

Wenn man die von Schabowski vorgelesenen Zitate aus dem Gesetzestext mit einbezieht, ist der Begriff *ständige Ausreise*, der das zentrale Thema des Gesetzes bezeichnet, mit sechs Vorkommen am häufigsten. Einfaches *Ausreise* erscheint wie das zugehörige Verb *ausreisen* nur einmal. Das dazu als Hyperonym/Oberbegriff zu betrachtende *reisen* tritt zweimal als Verb und einmal als Verbalsubstantiv auf. Weil es den Gegenstand des Gesetzes bezeichnet, überrascht das dreimalige Auftreten des Kompositums *Reisegesetz* am wenigsten. Darüber hinaus findet das ebenfalls hyperonyme *Reise* in den Komposita *Reisemöglichkeiten*, *Privatreisen*, *Reiseanlässe* und *Reisetätigkeit* Verwendung, erscheint jedoch nie als Simplex. Diese kleine statistische Textauswertung zeigt, dass sich das eine Bewegungsrichtung vorgebende (*ständige*) *Ausreise* und das unspezifisch die bloße Ortsveränderung benennende *Reise(n)* im Text abwechseln und in etwa gleich häufig sind.

Während Schabowski anfangs nur von der „*Ausreise*“ gesprochen hatte, die legalisiert und vereinfacht werden müsse, sagt er im Schlussteil seiner Ausführungen, dass man aus dem Entwurf des *Reisegesetzes* den Passus, der die „*ständige Ausreise*“ regelt, herausnehmen und in Kraft treten lassen⁸ müsse, um dann im letzten Satz dieser ersten die neuen Reiseregeln betreffenden Antwort wiederum ambivalent von einer Regelung zu sprechen, „die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über

⁸ Diese Formulierung klingt paradox. Vermutlich ist das unter dem Druck von Medienöffentlichkeit und Mündlichkeit nur extrem ungenau ausgedrückt und meint so etwas wie 'den Passus herausnimmt und in neuer Formulierung in Kraft treten lässt'.

Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen.“ Für den Rezipienten seiner (mündlichen) Äußerung ist es daher schon bei der Verwendung von *Ausreise* bzw. *ausreisen* schwierig bis unmöglich, in jedem Fall zu verstehen, welche Art von Ausreise – die ständige oder die vorübergehende – gerade gemeint ist.

Eine wichtige Beobachtung ist auch, dass Schabowski im Zusammenhang mit der neuen Reiseregelung zweimal das temporaldeiktische Adverb *heute* verwendet („Allerdings ist heute, soviel ich weiß, eine Entscheidung getroffen worden. [...] Und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen“), das die Tageseinheit bezeichnet, zu der der Sprechzeitpunkt gehört. Damit wird ausdrücklich auf die unmittelbare Gegenwart fokussiert. Auch deswegen liegt die sich anschließende Frage eines Journalisten: „Ab wann tritt das in Kraft?“ nahe.

Dass diese Frage Schabowski auch nach seiner eigenen subjektiven Einschätzung in Schwierigkeiten bringt, ist schon daran zu erkennen, dass er sich am Kopf kratzt und die Misslichkeit oder zumindest Unbehaglichkeit seiner Lage dadurch gestisch deutlich zum Ausdruck bringt. Dazu passen einerseits die drei „also“ – deren erstes und drittes sowohl eine Fokussierung auf das Folgende als auch das Einholen eines „Tickets“ zum Erzählen einer längeren Geschichte bzw. zum Zitieren beinhalten, während sich das zweite als Signal einer gewissen Vorläufigkeit deuten lässt –, aber auch der eigene Verantwortlichkeit vorab implizit in Abrede stellende Hinweis „mir ist das hier also mitgeteilt worden, dass eine solche Mitteilung heute schon verbreitet worden ist“. Eine gewisse Absurdität stellt dabei die Anrede der versammelten internationalen Presse mit dem unter Parteimitgliedern üblichen „Genossen“ dar (vgl. auch Neubert 2008, 218). Während er weiterspricht, setzt Schabowski – so das Vorlesen eines Textes zugleich anzeigend und vorbereitend – seine Brille auf und zieht aus seinen Unterlagen ein Papier hervor, bei dem es sich vermutlich um dasjenige handelt, welches ihm Krenz während der ZK-Sitzung zur Bekanntgabe im Verlaufe der Pressekonferenz zugeschoben hatte. Ob es für die Vermutung, dass sich der Text der Mitteilung eigentlich im Besitz der Journalisten befinden müsse, eine Grundlage gibt, ist nicht bekannt, passt aber zu den politischen Gepflogenheiten in der DDR, deren Verfassung von der Provisorischen Volkskammer 1949 bereits ohne Vorliegen der entsprechenden Drucksache bei den Abgeordneten verabschiedet worden war (vgl. dazu Burkhardt 2003, 71f.). Weil Schabowski den Wortlaut des neuen Reisegesetzes offenbar nicht genau genug kennt, um dessen Inhalt aus dem Gedächtnis frei formuliert mitzuteilen, liest er den in juristischer Fachsprache formulierten Gesetzestext vor. Der

rechtssprachliche Charakter des Textes ist dabei seiner Verständlichkeit im öffentlichen Raum wenig förderlich: Einerseits sind Formulierungen wie „können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden“ für Nicht-Juristen schon aus syntaktischen Gründen schwer verständlich, andererseits ist der Text auch semantisch unklar, weil in ihm enthaltene juristische Begriffe im öffentlichen Raum fast zwangsläufig im alltagssprachlichen Sinne verstanden werden müssen. Im zitierten Gesetzestext ist nämlich zunächst von „Privatreisen“, danach jedoch – wie auch in der von Schabowski nicht zitierten Überschrift – nur noch von „ständigen Ausreisen“ die Rede. Indem der erstere Begriff schon an vorübergehende (Urlaubs-)Aufenthalte denken lässt, wird der letztere vermutlich nicht durativ bzw. perfektiv im Sinne der tatsächlich gemeinten Emigration, sondern vielmehr iterativ im Sinne der jederzeit möglichen – und insofern „ständigen“ – (Ein- **und**) Ausreise verstanden. „STÄNDIGE AUSREISE“ heißt dann nicht – wie intendiert – ‘dauerhafte Ausreise; Auswanderung’, sondern ‘immer wieder neue Ausreise’. Ein Gesetz, das die „Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD und über die ČSSR“ (Überschrift) bzw. „die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik“ (Schabowski) muss so als eines erscheinen, das Regelungen für weitgehend freies Hin- und Herreisen enthält. D.h. durch das Auftreten der Begriffe *Reise(n)* und *Privatreise* wird die iterative alltagssprachliche Lesart von *ständige Ausreise* so stark unterstützt, dass sie bei den Zuhörern innerhalb wie außerhalb des Raumes als die einzige haften bleibt. Weil im fach- bzw. verwaltungssprachlich gehaltenen Gesetzestext, der ja sowohl den Journalisten als auch den Radiohörern und Fernsehzuschauern nur im Rahmen des vergänglichen mündlichen Mediums mitgeteilt worden ist, die adverbialen Adjektive „kurzfristig“ und „unverzüglich“ und kategorische Formulierungen wie „werden [...] erteilt“, „sind angewiesen“, „können [...] erfolgen“, „entfällt die [...] Erteilung“ verwendet werden, wird er zudem im Sinne einer sofortigen regierungsamtlichen allgemeinen Ausreiseerlaubnis verstanden. Übersehen bzw. überhört wird dabei, dass der zitierte Text selbst auf die Notwendigkeit einer vorherigen Antragstellung verwiesen hatte. Zudem geht Schabowski, der ja an dieser Stelle nicht zufällig auf die „Paßfrage“ eingeht (auch wenn er sie nicht beantworten kann und seine Kollegen Labs und Banaschak dabei fragend ansieht), ausdrücklich davon aus, dass Reisepässe vielfach zunächst einmal ausgegeben werden müssten, und impliziert damit (aber expliziert eben nicht), dass für die meisten DDR-Bürger zur damaligen Zeit

weder eine ständige noch eine vorübergehende Ausreise kurzfristig überhaupt in Frage kommen kann.

Auf die nochmalige Nachfrage aus dem Journalistenplenium „Wann tritt das in Kraft?“ blättert Schabowski als ein weiteres Anzeichen seiner Unsicherheit in seinen Papieren und sagt dann seinen historisch gewordenen Satz: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“⁹, um sofort in seinen Unterlagen weiterzusuchen (jedoch offenbar ohne den Sperrvermerk zu finden). Auch wenn die Verlässlichkeit der gegebenen Information durch „nach meiner Kenntnis“ gleich wieder eingeschränkt wird, bleibt doch bei den Adressaten das deiktische Temporaladverb „sofort“ hängen, das – wenn auch durchaus vage und dehnbar – das unmittelbare Eintreten des Bezugsereignisses meint und durch hinzugesetztes „unverzüglich“ – das ja auch im Gesetzestext vorkommt – vom Sprecher selbst ausdrücklich in diesem Sinne interpretiert wird.

Machte schon die Frage nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Reisegesetzes einen relativ unscheinbaren Eindruck, lässt sich auch die sich anschließende, ob die Regelungen denn auch für West-Berlin gelten, als sachlich naheliegende Informationsfrage deuten. Ihre tatsächliche Brisanz sollte sich allerdings noch in der Nacht erweisen, denn ohne den Einschluss des freien Teils der geteilten Stadt in die Reiseregulation wäre der Fall der Mauer wohl nicht möglich gewesen. Schabowski kann die Frage offenbar nicht aus seiner Kenntnis, sondern nur durch Nachschauen in seinen Unterlagen beantworten. Nachdem er – in den Augen der Journalisten – nonresponsiv lediglich eine Passage vorliest, in der die Neuregelung als vom Ministerrat beschlossene „Übergangsregelung“ gekennzeichnet wird, und die gestellte Frage aus diesem Grunde wiederholt wird, findet Schabowski in seinen Papieren die entsprechende Passage, gibt mit Hilfe des gedoppelten „doch, doch“ zu verstehen, dass der in der Frage präsupponierte Zweifel zurückgewiesen wird (vgl. dazu Paul 2002, s.v. *doch*), und zitiert zum Beweis: „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“ Auch wenn hier wiederum ausdrücklich von der „ständigen Ausreise“ (im juristischen Sinne) die Rede ist, legt doch die sich unter den Journalisten ausbreitende Unruhe („Stimmengewirr“)

⁹ Dieses Zitat ist inzwischen so berühmt, dass es sogar mit Erfolg parodistisch verwendet werden kann. So erntete der FDP-Abgeordnete Patrick Kurth in der Debatte über das neue Programm der Linkspartei Lacher mit dem Satz „Aber ihr Programm tritt doch ... nach meiner Kenntnis ... ist das ... sofort.“ (27.10.2011; www.n-tv.de/politik/Linke-bringt-Bundestag-um-den-Verstand-article4632566.html)

die Vermutung nahe, dass der Begriff von ihnen in seiner alltagssprachlichen Bedeutung verstanden wird und sie nun eine Öffnung aller Westgrenzen der DDR bei gleichzeitiger Schließung der übrigen Grenzen für Ausreisewillige nach Kenntnisnahme der zitierten Gesetzesparagrafen für möglich halten. Gewissermaßen wird Schabowski bzw. der SED hier ausgerechnet der als psychologischer Schutz gemeinte fachsprachlich-euphemistische Gebrauch von „ständige Ausreise“ (für 'Flucht' oder 'Auswanderung') zum Verhängnis (Hinweis meines Kollegen Unger). Trotzdem wird sicherheitshalber nachgefragt. „Heißt das, [...] daß ab sofort die DDR-Bürger durch die Tschechoslowakei oder Polen nicht ausreisen dürfen?“. Auch hier bleibt Schabowskis in seiner Antwort ausgedrückte Hoffnung auf Selbstregulierung der „Bewegung“ ziemlich vage. Indem Schabowski in seiner Antwort darauf hinweist, dass eine entsprechende exakte Regelung fehlt, und in vager Formulierung seine Hoffnung auf Selbstregulierung zum Ausdruck bringt, hebt er indirekt zugleich die anscheinend liberale Offenheit des Gesetzes hervor, spricht dabei aber wiederum nur euphemistisch vage von sich vollziehender „Bewegung“ (statt von „Ausreise“).

Nachdem Schabowski auf nicht mehr rekonstruierbare Fragen aus dem Plenum mehrmals zum Ausdruck gebracht hat, dass ihm „nichts Gegenteiliges bekannt“ sei, aber gleichzeitig seine auf Unkenntnis beruhende Vorsicht betont („Ich drücke mich nur so vorsichtig aus, weil ich nun in dieser Frage nicht, also, ständig auf dem laufenden bin, sondern kurz, bevor ich rüber kam, diese Information in die Hand gedrückt bekam“), kann nun die entscheidende Frage nach dem Schicksal der Berliner Mauer gestellt werden, die Schabowskis Antworten implizit, aber ohne dass ihm dies zu Bewusstsein gekommen wäre, nahegelegt hatten. Nach einem – vermutlich dankbar aufgegriffenen – Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit lässt Schabowski keine weiteren Fragen mehr zu, versucht aber dennoch, auf die zuletzt gestellte eine Antwort zu geben, die jedoch über allgemeine und unverbindliche Formulierungen nicht hinausgeht. Die Beseitigung der Mauer wird von Schabowski eigentlich ausgeschlossen – allerdings wieder nicht explizit. In einem wieder grammatisch verunglückten Satz („Die Frage des Reisens, (äh) die Durchlässigkeit also der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinn, also dieser, ich sags mal so, befestigten Staatsgrenze der DDR.“), in dem eine Frage metonymisch als Antwort deklariert wird, unterscheidet Schabowski zwischen der „Durchlässigkeit“ der mit „ich sags mal so“ explizit euphemistisch als „befestigte Staatsgrenze der DDR“ umschriebenen Mauer und dem „Sinn“ ihrer Existenz. Während das Reisegesetz „Durchlässigkeit“ ermöglichen soll,

bleibe der aus DDR-Sicht friedenssichernde „Sinn“ der Mauer bestehen, weil noch „andere Faktoren“ in Betracht zu ziehen sind. Als notwendige Bedingung für das Verschwinden der Mauer nennt Schabowski daher die Durchführung von „Abrüstungsschritten“ durch BRD und NATO und gibt dadurch wiederum indirekt zu verstehen, dass er des Fortbestand der Grenzbefestigungen im Moment nicht für gefährdet hält. Eigentlich ist damit deutlich gesagt, dass eine generelle Öffnung oder gar ein Abriss der Mauer vorläufig nicht in Frage kommen. Aber da hört offenbar schon niemand mehr zu. Viele Journalisten haben den Raum schon verlassen, um mit ihren Redaktionen zu telefonieren und die Sensation mitzuteilen.

Wie groß die Konfusion von Schabowskis selbst ist, zeigt auch der Wortlaut eines Interviews, das er unmittelbar nach der Pressekonferenz dem amerikanischen Fernsehsender NBC gegeben hat: Obwohl verbürgt ist, dass er während des auf Englisch geführten Gesprächs noch einmal den von Krenz erhaltenen Zettel durchlas, reagierte er auf Tom Brokaws Interpretation des Reisegesetzes als „Freedom to travel“ mit „Yes. Of course. It is no question of tourism. It is a permission of leaving the GDR“ und bejahte im selben Atemzug die Einführung der Reisefreiheit und die durch das Gesetz vorgenommene Beschränkung auf die permanente Ausreise. (Vgl. dazu Hertle 1996, 147f.)

Schabowskis z.T. recht weitschweifige Antworten sind reich an Euphemismen sowie vagen Formulierungen und Referenzen bei ambiger Verwendung des Begriffs *Ausreise*, der in verwirrendem Wechsel mit hyperonymem *Reise(n)* erscheint, und unpräzisen Gebrauch der zentralen Temporaldeiktika. Dabei wird die für den Mauerfall entscheidende Passage der Pressekonferenz im Grunde genommen durch die Fragen der Journalisten strukturiert, die, indem zunächst a) nach dem Reisegesetz, b) nach dessen Inkrafttreten, c) nach dessen Geltung für Westberlin, d) dem Unterbinden der Ausreise über die Nachbarstaaten und e) nach dem Schicksal der Mauer gefragt wird, in Verbindung mit den Antworten Schabowskis eine Art Klimax erzeugen, deren einzelne Stufen in logischer Verknüpfung stehen. Gleichwohl reden hier zwei Gesprächspartner – Schabowski und die Journalisten – in gewisser Weise aneinander vorbei, denn infolge vagen Sprechens klaffen Meinen und Verstehen offenkundig auseinander. Da der Begriff *Ausreise* neben dem der einfachen *Reise* verwendet wird und auch deswegen zwischen ständiger und vorübergehender extensional (und folglich auch intensional) unbestimmt bleibt, die Öffnung der Mauer nicht ausdrücklich ausgeschlossen, sondern sogar als unter bestimmten Bedingungen möglich dargestellt wird, weil an exponierter Stelle

temporaldeiktische Adverbien verwendet werden, die eine unmittelbare zeitliche Nähe zum Sprechzeitpunkt suggerieren, und weil der allgemeine Kontext das Klima der Veränderung ist, wird das zuvor Unvorstellbare plötzlich denkbar und eine Lawine kommt in Gang.

Während Schabowski mit kurzem Umweg über das ZK im festen Glauben an die Klarheit seiner Botschaft unbesorgt nach Hause fährt, weil er keine unvorhergesehenen Folgen befürchtet, verstehen die Journalisten seine Ausführungen im Sinne einer Einführung der Reisefreiheit und verbreiten diese Interpretation, die unter den früheren Bedingungen des SED-Regimes undenkbar gewesen wäre, nach anfänglicher Zurückhaltung mit immer deutlicheren Worten: Reuters sendet sie um 19:03 Uhr als erste, um 19.04 Uhr folgen dpa und ADN, der sogar auf die Möglichkeit der „kurzfristigen“ Antragstellung hinweist. Bei Associated Press ist um 19.05 Uhr bereits von „Grenzöffnung“ die Rede. Um 19.17 Uhr sendet das ZDF in *Heute* Ausschnitte aus Schabowskis Pressekonferenz. Um 19.30 Uhr verkündet die Aktuelle Kamera – unter weiter Auslegung des Ausreise-Begriffs –, dass „Privatreisen nach dem Ausland ohne besondere Anlässe beantragt werden [können]“. Schließlich meldet die italienische Nachrichtenagentur ANSA um 19.31 Uhr den Fall der Berliner Mauer. Um 19.41 Uhr teilt dpa mit: „Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen“, und die Tagesschau blendet um 20.00 Uhr als Top-Meldung die Schlagzeile ein: „DDR öffnet Grenzen“, wobei der über die Pressekonferenz berichtende Reporter noch recht vorsichtig und wenig plakativ formuliert: „Also auch die Mauer soll über Nacht durchlässig werden.“ (Vgl. zu alledem Hertle 1996, 149 u. 155) Um 22:44 meldet der angesehene Tagesthemen-Moderator Hajo Friedrichs: „Die Tore der Mauer stehen weit offen“. In abstraktem Sinne ist das richtig, trifft aber in der Wirklichkeit (noch) nicht zu: Neben dem Reporter Robin Lautenbach, der vom geschlossenen Grenzübergang Invalidenstraße berichtet, stehen lediglich ein paar Westberliner, die auf Besuch aus dem Osten warten. 22:55 ADN versucht eine Korrektur: "Die Genehmigungen werden von den zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter kurzfristig erteilt." Das soll heißen: Eine sofortige Ausreise gibt es nicht, ist aber durch den Hinweis auf die Kurzfristigkeit der Erteilung von Genehmigungen zu unspezifisch formuliert und insofern ungeeignet, die kursierende Interpretation von Schabowskis Worten zu widerlegen. Um 20.30 Uhr hatten sich bereits die ersten Neugierigen an den Grenzübergängen eingefunden, ihre Zahl und der durch die Wartenden ausgeübte physisch-psychologische Druck nahmen unablässig so sehr zu, dass um 23.30 Uhr am

Grenzübergang Bornholmer Straße ohne Vorliegen eines Befehls von höherer Stelle mit den dazu passenden metaphorischen Worten „Wir fluten jetzt“ der erste Schlagbaum geöffnet wird. Die Mauer ist gefallen und der Tsunami nicht mehr aufzuhalten. Doch erst die mediale Verbreitung der journalistischen (Fehl-)Interpretationen von Schabowskis Pressekonferenz hat dafür – im Sinne einer sich durch sich selbst erfüllenden Prophezeiung – die vorbereitenden Tatsachen geschaffen.

6. Schlussbemerkung

Verwirrt durch das beständige Changieren zwischen den Begriffen *Reise, reisen, Privatreise, Reisetätigkeit, Ausreise, ausreisen, ständige Ausreise* und in dem Glauben, dass das neue Reisegesetz auftragsgemäß nur die ständigen Ausreisen (mit Verlust der DDR-Staatsbürgerschaft), nicht aber einfache Reisen betreffen würde, und im Glauben an die Festigkeit der alten Organisationsstrukturen haben weder die Mitglieder des Politbüros noch die des Zentralkomitees die Tragweite ihres Beschlusses erkannt (vgl. dazu Hertle 1996, 133). Und aufgrund der sich im Text manifestierenden mangelnden semantischen Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Arten der Reise/Ausreise scheint auch Schabowski die Sprengkraft der im neuen Gesetzestext enthaltenen Formulierungen nicht gesehen zu haben, sondern hat die an sich auf Missverständnissen beruhende Entwicklung durch die Wahl seiner temporaldeiktischen Adverbien sogar noch beschleunigt. „Diese sprachliche Ungenauigkeit“, schreibt auch Neubert (2008, 218), „ließ ungewollt und unvorhergesehen die Auffanglinie des Regimes zerreißen.“ Ein politisches System implodierte, indem seine semantischen Widersprüche im Rahmen veränderter Kommunikationsstrukturen nicht mehr repariert werden konnten. „Der unbeabsichtigte Fall der Mauer“, schreibt Hertle, „entstand durch ein Zusammentreffen von unkoordinierten Entscheidungen der SED-Spitze, falschen Situationsdefinitionen der West-Medien, spontanen Entschlüssen von Fernsehzuschauern und Radiohörern sowie Ad-hoc Entscheidungen der Grenzsicherungsorgane.“ (Zit. nach Schnibben 2009, 71) Doch nur weil sich die machtpolitischen Strukturen der DDR unter dem Druck der Demonstrationen ihrer Bürger schon weitgehend aufgelöst hatten, wurde das

Missverstehen überhaupt erst möglich.¹⁰ Das Unvorstellbare wurde plötzlich denkbar und das Denkbare machbar. Und so nahmen die Ereignisse schließlich ihren für die Deutschen so glücklichen Verlauf, der beweist, dass Missverständnisse zuweilen auch die richtigen Ergebnisse hervorbringen können.

Literatur

- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (1994): Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Burkhardt, Armin (2003): Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- Hertle, Hans-Hermann (1996): Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Huber, Florian (2009): Schabowskis Irrtum. Das Drama des 9. November. Berlin: Rowohlt.
- Neubert, Ehrhart (2008): Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München-Zürich: Piper.
- Paul, Hermann (2002): Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschatzes. 10., überarbeitete und erweiterte Aufl. von Helmut Henne, Georg Objartel und Heidrun Kämper. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- Schnibben, Cordt (2009): Die Nacht der Wildschweine. In: Der Spiegel 45, S. 55-71.

¹⁰ Die Rolle, die die Medien und die defizienten Kommunikationsprozesse der involvierten Dienststellen in der Nacht der Maueröffnung gespielt haben, genauer zu untersuchen, wäre eine weitere linguistisch interessante Aufgabe.